



Vom Idyll direkt zum Supermarkt

Rund 300 Kühe zählt der Hof von Carsten Martens in Deteren östlich von Leer. Bis vor wenigen Wochen machte es der Junglandwirt wie die meisten seiner Berufskollegen: Einmal am Tag kam

ein Tankwagen der Molkerei und holte die Frischmilch von seinem Hof ab. Jetzt ist alles anders. Martens vermarktet seine Milch seit Neuestem selbst, mehrere Supermärkte haben sie bereits in ihr Sor-

timent aufgenommen. Für den 31-Jährigen ist die Selbstvermarktung eine Chance, mehr Einflussmöglichkeiten wieder zurückzuerhalten und dem Hoffen und Bangen bei den endlosen Verhandlungen

mit den Handelsketten zu entrienen. Der Absatz liege bisher im Rahmen der Erwartungen, sagt er bedingt optimistisch.

TEXT: LR/FOTO: FR Bericht Seite 12

ANZEIGE

SHAKESPEARE IM PARK

16. bis 20. August 2017
Mittwoch geht's los!

WESER KURIER

Los jetzt!



Jürgen Hinrichs über den Wahlkampf

Mit dem Auftritt der Kanzlerin beginnt an diesem Dienstag in Bremen die heiße Phase des Wahlkampfs. So sagt man das für gewöhnlich, doch was wird in den kommenden sechs Wochen bis zur Abstimmung am 24. September eigentlich heiß sein? Und wo ist der Kampf?

Da gibt es Kriege in der Welt, und neue könnten hinzukommen, wenn der US-Präsident so weitermacht. Da ertrinken wieder Tausende von Flüchtlingen im Mittelmeer, ein Drama, das nur noch zur Kenntnis genommen wird. Da gibt es mit dem Klimawandel, mit der sozialen Ungleichheit und mit dem technologischen Wandel drängende Zukunftsfragen. Und da ist, nebenbei, auch noch der große Betrug der deutschen Autoindustrie, gedeckt von Politikern und Behörden.

An Themen mangelt es also nicht, und sie werden von den Parteien ja auch aufgegriffen. Doch wenn man ihnen zuhört, ihre Positionen kennenlernt, sind das nur Fragmente. Nichts fügt sich bisher zu einem Ganzen, zu einem Bild, wie die Gesellschaft von morgen aussehen könnte. Nichts, was die Menschen in Wallung bringen könnte.

Das ist die Aufgabe jetzt, in diesen sechs Wochen bis zur Bundestagswahl: den großen Bogen zu spannen. Eine Idee zu vermitteln und sich nicht im Geplänkel zu verlieren. Andernfalls ist es kein Kampf, dann ist es nur Krampf.

Thema Seite 3 / Bericht Seite 4
juergen.hinrichs@weser-kurier.de

KOPF DES TAGES

Thomas de Maizière



Thomas de Maizière ist ein vielbeschäftigter Mann. Der 1954 in Bonn geborene promovierte Jurist hat als Bundesminister des Innern eines der wichtigsten Ressorts im Kabinett

von Angela Merkel inne und kann sich über zu wenig Arbeit in diesen Tagen, in denen die Flüchtlingspolitik wieder stärker in den Blick rückt, nicht beklagen. Hinzu kommt nun noch der Wahlkampf für den Christdemokraten mit diversen Auftritten in der ganzen Bundesrepublik. An diesem Montag ist de Maizière in Bremen, wo er vor ehrenamtlichen Helfern, Polizisten und Feuerwehrleuten spricht. Die Veranstaltung ist nicht öffentlich.

WETTER

Tagsüber	Nachts	Niederschlag
24°	16°	40%

Wieder deutlich wärmer
Ausführliches Wetter Seite 6

Schwerlast soll schneller auf die Straße

Bremens Verkehrssenator Lohse will Transporte rascher genehmigen – und stößt eine Standortdebatte an

VON FLORIAN SCHWIEGERSHAUSEN

Bremen. Verkehrssenator Joachim Lohse (Grüne) will die Genehmigungsdauer bei Anträgen für Schwerlasttransporte schon bald auf zwei Wochen reduzieren. Das sagt er dem WESER-KURIER im Interview. Gleichzeitig fordert er von Schwergutproduzenten, Transporte zu reduzieren, indem sie ihren Standort in Hafennähe verlagern.

So kritisiert Lohse, dass Unternehmen, die Güter für die Verschiffung herstellen, ihren Standort 800 Kilometer im Hinterland haben. Sie sollten sich doch nach einem Standort näher zum Hafen umsehen. „Die Unternehmen sollten perspektivisch sehen, wo die richtigen Standorte sind“, fordert Lohse. Deshalb sollten sie über neue Standorte oder Tochterstandorte nachdenken.

Wegen der langen Wartezeiten für die Genehmigung von Schwerlasttransporten hatte die Bundesfachgruppe Schwertransporte und Kranarbeiten (BSK) mit 22 Wirtschaftsverbänden auf Bundes- und Landesebene eine Initiative auf den Weg gebracht, um öffentlich auf das Problem hinzuweisen. Die Verbände, darunter der Bundesverband der Deutschen Industrie, schrieben die Ver-

kehrsminister der Länder auch persönlich an. Lohse antwortete als erster und bot den Vertretern aus der Wirtschaft ein Gespräch an, das an diesem Montag in Bremen stattfindet. Auch Wirtschaftssenator Martin Günthner (SPD) soll daran teilnehmen. Lohse will nach Möglichkeit mit einer konkreten Lösung aus dem Gespräch herausgehen. Er habe in den vergangenen Wochen „durchaus konkrete Verbesserungsvorschläge aus der Logistikwirtschaft erhalten“.

Die Transporteure fordern von Bund und Ländern eine Bearbeitungszeit der Schwerlastgenehmigungen von höchstens fünf Werktagen. Lohse zeigt Verständnis, hält diese kurze Bearbeitungszeit jedoch für unrealistisch: „Ich habe volles Verständnis, dass sich die Unternehmen eine zügige Bearbeitung wünschen.“ Aber weniger als zwei Wochen seien schwer möglich.

Bundesweit beträgt die Wartezeit für Schwerlast-Spediteure vom Tag der Antragstellung bis zur Genehmigung im Schnitt fünf Wochen. In Bremen müssen die Transporteure bislang bis zu sieben Wochen warten, wenn sie etwa Windanlagen oder schwere Flugzeug- oder Betonkomponenten befördern wollen. Um die Wartezeit zu verkür-

zen, will Lohse die Zahl der Mitarbeiter von zehn in der Spitze auf zwölf erhöhen.

An den langen Bearbeitungszeiten tragen laut Lohse die Schwerlast-Transporteure allerdings Mitschuld. „In einem Fall hat ein Spediteur 711 Anträge auf Transportgenehmigung gestellt, von denen er dann 602 Transporte gar nicht abgerufen hat. Die haben dann also gar nicht stattgefunden“, sagt Lohse im Interview. Auf diese Weise wollen sich die Spediteure offenhalten, mit welcher Zugmaschine und welchem Anhänger sie die Fahrt knapp zwei Monate später dann auch wirklich erledigen wollen. Außerdem habe wegen der guten Konjunktur die Zahl der Transporte allgemein zugenommen.

Jörg Fleischer, Geschäftsführer vom Bremer Schwerlast-Spediteur W & F Franke, sagt: „Im Mai mussten wir noch fünf Wochen warten.“ Laut Lohse hat gerade im Mai die Zahl der Anträge massiv zugenommen – in einem Monat mit mehr Feiertagen als sonst. Wegen des frühen Beginns der Sommerferien waren mehrere Mitarbeiter in der zuständigen Abteilung der Verkehrsbehörde in Urlaub, andere seien erkrankt.

Angesichts der Antragsflut stellen die in die Jahre gekommenen Straßen und Brü-

cken ein weiteres Problem dar. Das sieht auch BSK-Sprecher Wolfgang Draaf so: Die Genehmigungsdauer sei „auch auf die marode Verkehrsinfrastruktur“ zurückzuführen. So könne beispielsweise durch Brückenarbeiten ein Genehmigungsprozess hinaufgezogen werden. Draaf wird ebenso am Gespräch beim Verkehrssenator teilnehmen.

Bereits vor fünf Jahren gab es in Bremen ähnliche Engpässe wie heute. Damals wurde laut Lohse die Transportzeit für Schwerlast, die abends um 22 Uhr beginnt, um eine Stunde von fünf auf sechs Uhr morgens verlängert. Außerdem wurden den Spediteuren statt vier bis zu sechs Transportnächte ermöglicht. Und das Personal wurde damals von drei auf sieben Mitarbeiter aufgestockt.

Sollte die Verkehrsbehörde nun die zusätzlichen Mitarbeiter gefunden haben, dauere es nochmals bis zu vier Wochen, bis sie von den Amtskollegen eingearbeitet seien. Lohse gibt zu bedenken: „Hier geht es um komplexe Dinge.“ Die könne man sich nicht mal eben so aus dem Ärmel schütteln. Die CDU-Fraktion hat zur Genehmigungsdauer inzwischen in der Bremischen Bürgerschaft eine Anfrage an den Senat gestellt.

Interview Seite 13

Trump schweigt zu Rechtsextremen

Washington. Bisher ist Donald Trump fast immer für das kritisiert worden, was er gesagt hat. Diesmal ist es umgekehrt: Über die Parteigrenzen hinweg gibt es Empörung über das, was er ausgelassen hat. Eine rechtsextreme Kundgebung in Charlottesville im US-Bundesstaat Virginia artete in Gewalt aus, es gab eine Tote und viele Verletzte. Präsident Trump wird vorgeworfen, dass er die Schuldigen nicht beim Namen nannte.

Seine mehr als laue Reaktion auf die Eskalation der Gewalt bei der Demonstration von Rechtsextremisten in Charlottesville fiel umso stärker auf, weil er just in der Nordkorea-Krise wieder rhetorisch-bombastisch alle Register gezogen hatte. Derart, dass andere – von Chinas Xi Jinping bis Frankreichs Emmanuel Macron – neben Nordkorea auch Trump zur Mäßigung aufriefen.

In Charlottesville erklärte der ehemalige Ku-Klux-Klan-Führer David Duke vor laufenden Kameras, das hier sei ein „Wendepunkt“ für eine Bewegung, die „die Versprechen von Donald Trump erfüllen“ wolle. Szenen von Rechtsextremisten, die auf Gegendemonstranten einprügelten, teils mit Ku-Klux-Klan-Hauben, Konföderierten-Fahnen und Knüppeln zu der Kundgebung kamen, bildeten die Kulisse in Virginia. Als ein Auto in eine Gruppe Gegendemonstranten raste, starb eine 32-Jährige. Virginias Gouverneur Terry McAuliffe erklärte den Ausnahmezustand für Charlottesville. DPA

Kommentar Seite 2/Bericht Seite 5

Reichsbürger sollen zahlen

Bremen. Die Bremer Grünen-Fraktion will sogenannte Reichsbürger zur Kasse bitten. Wer seinen Ausweis oder Pass abgibt, soll pro Tag fünf Euro für die sichere Einlagerung zahlen. Seit Oktober vergangenen Jahres erhebt Schleswig-Holstein bereits eine solche Gebühr. „Wir erwarten vom Innenminister, dass er diesem Beispiel folgt und per Verordnung eine Verwahrungsgebühr für die Abgabe von noch gültigen Personalausweisen einführt“, fordert Björn Fecker, innenpolitischer Sprecher der Grünen. „Reichsbürger sind alles andere als ungefährliche Spinner.“

Sogenannte Reichsbürger lehnen die Bundesrepublik Deutschland und ihr Rechtssystem ab. Um diese Haltung zu untermauern, haben sie auch beim Bremer Stadttam schon ihre Ausweise abgegeben. Die Aktivitäten der Gruppierung haben in Bremen deutlich zugenommen. Der Innenbehörde sind zahlreiche Fälle bekannt, bei denen Reichsbürger die Auseinandersetzung mit Mitarbeitern von Behörden suchen. Dabei seien sie unter anderem mit Beleidigungsdelikten, Urkundenfälschung oder mit Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte aufgefallen.

Wenn es ums Geld geht, geben aber offenbar auch Reichsbürger klein bei. Nach der Einführung der Gebühr für die Passabgabe bei den Behörden in Schleswig-Holstein nahmen nach Angaben des Innenministeriums in Kiel knapp 70 Prozent der „Abgabeberechtigten“ ihre Papiere wieder mit. JCO

Bericht Seite 7

POLITIK

70 Jahre Pakistan und Indien

2 und 5

Eine Explosion der Gewalt überschattete die Geburtsstunde zweier Staaten: 1947 wurden Hunderttausende Menschen in Indien und Pakistan getötet. Bis heute sind die Wunden nicht verheilt.

BREMEN

Öztürk wird Fall für Bundes-SPD

8

Nachdem die Landesschiedskommission den Rauswurf von Patrick Öztürk aufgehoben hat, will die Bremerhavener SPD nun die Bundesschiedskommission anrufen, um das ungeliebte Mitglied loszuwerden.

SPORT

Sinnbild des Sittenverfalls

20

BVB-Profi Ousmane Dembélé bleibt suspendiert. Der Profi versucht, seinen Wechsel zum FC Barcelona zu erstreiken. Sein Verhalten gerät zum Vorzeigebispiel für den Sittenverfall im Profifußball.

SPORT

HSV blamiert sich

20

Der Hamburger SV hat sich in der ersten Runde des DFB-Pokals tüchtig blamiert. Der Bundesligist unterlag beim Drittligisten VfL Osnabrück mit 1:3 – und das, obwohl die Osnabrücker nach einer Roten Karte fast 70 Minuten lang zu zehnt auskommen mussten. Mehr als ein Elfmeter-Tor zum 1:3 brachten die HSV-Profis um Lewis Holtby (Foto) nicht zustande. Ebenfalls gescheitert ist Erstligist FC Augsburg beim Drittligisten SC Magdeburg.



Familienanzeigen 10
Fernsehen 16
Gesundheit 24

Lesermeinung 11
Rätsel & Roman 15
Tipps & Termine 17

H 7166 • 28189 BREMEN



4 194176 301408